

**Ausschussdrucksache**

(28.08.19)

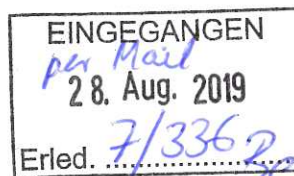
**Inhalt:**

Schreiben des Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) und des  
Studierendenrates (StuRa) der Universität Rostock vom 28.08.2019

hier:

**gemeinsame Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Landesregierung  
zur Änderung des Hochschulrechts  
- Drucksache 7/3556 -**

AStA der Universität Rostock | Parkstraße 6 | 18057 Rostock



Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur  
Der Vorsitzende  
Lennéstr. 1 (Schloss)  
19053 Schwerin

Dienstag, 27. August 2019

**Marcus Neick**  
Vorsitz

**Sara Klamann**  
Hochschulpolitische Referentin

**Tom Ridder**  
StuRa-Präsident

Parkstraße 6  
D-18057 Rostock

Telefon: +49 (0)381-498 56-01  
Internet: [www.asta-rostock.de](http://www.asta-rostock.de)  
E-mail: [vorsitz@asta-rostock.de](mailto:vorsitz@asta-rostock.de)

**Bankverbindung**  
Studierendenschaft Uni Rostock  
Institut: V&R Bank eG  
IBAN: DE86 1309 0000 0001 8105 53  
BIC: GENODEF1HR1

### Anhörung Bildungsausschuss 11.09.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei finden Sie die Antworten auf den Fragenkatalog zur öffentlichen Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Hochschulrechts.

Für den Studierendenrat der Universität Rostock wird am 11. September

**Herr Tom Ridder, StuRa-Präsident**

und für den Allgemeinen Studierendenausschuss der Universität Rostock

**Frau Sara Klamann, hochschulpolitische Referentin des AStAs**

sprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Marcus Neick  
Vorsitzender  
AStA der Universität Rostock

Sara Klamann  
Hochschulpolitische Referentin  
AStA der Universität Rostock

Tom Ridder  
Präsident  
StuRa der Universität Rostock



## Fragenkatalog zur öffentlichen Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Hochschulrechts

### **Allgemeines**

*Wie schätzen Sie den Gesetzentwurf der Landesregierung grundsätzlich ein? Wo sehen Sie positive und wo hemmende Regelungen für die Entwicklung attraktiver und wettbewerbsfähiger Hochschulen im Land? Welche konkreten Änderungsvorschläge können Sie unterbreiten?*

(Antwort auf Fragen 1, 7-11)

Die Studierendenschaft der Universität Rostock betrachtet den Einfluss des Landes auf die Ausgestaltung der Fächerauswahl sowie die Aushandlung von Zielvereinbarungen auch unter Nichtberücksichtigung der Vorstellungen der Hochschulen als Einschnitt in die Hochschulautonomie (§ 15) und lehnt ihn deshalb ab. Ebenso muss den Hochschulen für eine gute Erfüllung ihrer Aufgaben mehr personelle Flexibilität gewährt werden. Deshalb lehnen wir den starren Stellenplan, der schon in der aktuellen Praxis zu massiven Behinderungen der Arbeit der Hochschulen führt, ab (§ 16). Verwaltungsgebühren nach § 16 Abs. 5, 6 sind in den Augen der Studierendenschaft versteckte Studiengebühren und sollten im Sinne einer Chancengleichheit in der Bildung zukünftig aus dem Landeshochschulgesetz gestrichen werden.

Wir begrüßen es, dass unsere Rechte als verfasste Studierendenschaft durch den vorliegenden Entwurf nicht beschnitten wurden. Trotzdem wünschen wir uns einige Anpassungen. So ist durch die Festlegung der allgemeinen Wahlgrundsätze von Gesetzgeberseite die Durchführung demokratischer Wahlen in der Studierendenschaft sichergestellt. Alle Regeln darüber hinaus, insbesondere zum Wahlsystem, sollten der Regelungsgewalt der Studierendenschaft überlassen sein (§ 25 Abs. 2).

Zudem erkennen wir an, dass grundlegende Ordnungen der Studierendenschaft, wie die Finanz- und Wahlordnung sowie die Satzung der Studierendenschaft, für ihre Änderungen eine 2/3-Mehrheit bedürfen. Um jedoch die Arbeit der Studierendenschaft nicht mit zusätzlichen Hürden zu belasten, sollte für den Erlass und die Änderungen aller anderen Ordnungen der Studierendenschaft die absolute Mehrheit der gewählten Mitglieder des Studierendenparlaments ausreichend sein (§ 26 Abs. 4). Weiterhin erhofft sich die verfasste Studierendenschaft in Rostock eine für die Gewährleistung ihrer Arbeitsfähigkeit, dass den Rektoraten eine Frist von einem Monat für die Genehmigung der studentischen Haushalte gesetzt wird. Zusätzlich sollte ein Ablehnen des Haushaltsentwurfes nur dann erfolgen, wenn er gegen das Landeshochschulgesetz verstößt (§ 27). Nicht zuletzt fordern wir eine Stärkung der Rechte der Fachschaftsräte, die sich für geistige und kulturelle Belange genauso einsetzen sollten, wie für Verbesserungen im Bereich von Studium und Lehre (§ 25 Abs. 4).

Die Studierendenschaft der Universität Rostock sieht die Einführung eines Kaskadenmodells (§ 4) als ersten, aber nicht abschließenden Schritt zur Gleichstellung der Geschlechter an. Um eine endgültige Gleichstellung zu erreichen, muss hier ein festes Quotenmodell herangezogen werden. Zudem fordert die Studierendenschaft die Einführung einer Zivilklausel nach dem Vorbild der Grundordnung der Universität Rostock, um Lehre und Forschung zu friedlichen Zwecken zu gewährleisten (§ 3 Abs. 1). Weiterhin fordert die Studierendenschaft eine Ergänzung ihrer eigenen Aufgaben unter § 24, um die Erreichung von Chancengleichheit, Inklusion und nachhaltiger Ressourcennutzung, sowie das politische Mandat für eine mündige und nicht nach außen abgeschlossene Studierendenschaft. In den akademischen Gremien fordern wir eine Abänderung des Hochschulgesetzes bezüglich der Abschaffung von professoralen Mehrheiten (§§ 52, 59, 54) und professoralen Einzelabstimmungen in Gemeinschaftsgremien (§ 52 Abs. 7). Eine paritätische Besetzung der Gremien ist weiterhin zu befürworten – hier kann man sich das Konzil der Universität Rostock als Vorbild nehmen, das nach dem Prinzip 2:2:1:1 besetzt ist, wodurch eine Gleichbehandlung der Statusgruppen besser gewährleistet ist. Eine weitere Ungleichbehandlung sehen wir im Bereich der Frauenförderung, hier muss vor allem ein Fokus auf die Gleichstellungsbeauftragte gelegt werden, die in Berufungskommissionen ein Stimmrecht bekommen sollte (§ 88).

Es ist als gut anzusehen, dass Mecklenburg-Vorpommern sich nicht dem Trend anderer Bundesländer angeschlossen hat, Studiengebühren für EU-Ausländer\*innen zu erheben. Die Studierendenschaft der Universität Rostock sieht außerdem die Abschaffung der Höchstquote von Ausländer\*innen in Studiengängen in diesem Gesetzentwurf als einen guten Schritt an, dennoch müssen noch weitere Hürden abgebaut werden. Daher fordern wir ergänzend den Nachweis von Sprachkenntnissen erst nach dem 2. Semester § 17 Abs. 3.

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass Studierende die massive Doppelbelastung des Studierens und des gleichzeitigen Nachgehens von Lohnarbeit, Ehrenamt und der Pflege von Angehörigen kaum standhalten können. Dies äußert sich in dem vermehrten Auftreten psychischer Erkrankungen und hohen Abbruchquoten. Massive Eingriffe in die Freiheit des Studiums und die individuelle Persönlichkeits- und Profilentwicklung der Studierenden müssen endlich zurückgenommen werden. Daher fordern wir vehement die Abschaffung von Regelprüfungsterminen (§ 37), die Flexibilisierung der Regelstudienzeit (§ 29) und die Einführung eines vierten Prüfungsversuches (§ 38). Die Berücksichtigung studentischer und wissenschaftlicher Hilfskräfte durch den Personalrat unterstützen wir, wünschen uns aber eine Konkretisierung bezüglich des aktiven und passiven Wahlrechts für die Hilfskräfte (Art. 2, § 76 Änderung Personalvertretungsgesetz).



*Welche Änderungen des Referentenentwurfs, die in der 1. Fassung der Gesetzesnovelle verändert oder zurückgenommen wurden, waren sinnvoll bzw. wären ausbaufähig gewesen?*

Keine Anmerkungen.

*Inwieweit sehen sich die Hochschulen in der Lage, mit den ihnen zugewiesenen Mitteln die ihnen gemäß Gesetzentwurf zugeschriebenen Aufgaben zu erfüllen?*

Aktuell beweisen die Hochschulen sich meisterhaft darin, Mangel zu verwalten. Die Erfüllung der Aufgaben ist also bestimmt möglich. Die Frage ist nur, in welcher Qualität? Exzellente Forschung und qualitativ hochwertige Lehre sind kaum möglich, wenn überall finanzielle Einschränkungen lauern.

*Wie kann der vorliegende Gesetzentwurf die Hochschulen des Landes darin unterstützen, exzellente Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zu gewinnen?*

Der vorliegende Entwurf wird nicht dazu beitragen, „exzellente“ Wissenschaftler\*innen zu gewinnen. Siehe nächste Frage.

*Welche Maßnahmen kann das Land Mecklenburg-Vorpommern Ihrer Meinung nach im Wettbewerb um die Professoren des Landes ergreifen?*

Die Hochschulen müssen finanziell und strukturell vernünftig versorgt werden. Die Arbeitsplätze müssen attraktiver gestaltet werden, ebenso sind den Professor\*innen Freiräume zu verschaffen, damit sie freier forschen können und nicht aufgrund von zu wenig Lehrpersonal eine hohe Arbeitsbelastung auf ihnen liegt. Des Weiteren gilt es natürlich, Mecklenburg-Vorpommern insgesamt als Lebensort weiterhin attraktiv zu machen, um mit den anderen Bundesländern mithalten zu können.

*Zukünftig soll auch die Karriereentwicklung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Bezug auf den nichtakademischen Arbeitsmarkt eine Aufgabe der Hochschulen sein. Wie praktikabel ist diese Aufgabe im akademischen Betrieb, welchen Mehraufwand an Personal könnte sie bedeuten und welche Modelle wären anzustreben, um diese Aufgabe zu meistern?*

Kann nicht beurteilt werden.

*Inwieweit trägt nach Ihrer Ansicht der Entwurf zur angestrebten Qualitätssicherung in der Wissenschaft sowie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen des akademischen Mittelbaus bei?*

Siehe 1. Frage.

*Ist Ihrer Auffassung nach die Errichtung einer Tenure-Track-Professur an den Universitäten des Landes sinnvoll?*

Siehe 1. Frage.



*Ist eine Ergänzung des § 3 Abs. 1 LHG in Bezug auf die explizite Betonung des friedlichen und friedensfördernden Charakters von Lehre und Forschung wünschenswert?*

Siehe 1. Frage.

*Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht denkbar, um eine Ungleichbehandlung von Drittmittel- und Landesmittelstellen zu verhindern?*

Siehe 1. Frage.

*Welche Regelungen im Gesetzentwurf zur Änderung des Hochschulrechts könnten gegen das Prinzip der Hochschulautonomie verstoßen?*

Siehe 1. Frage

### **Akkreditierung**

*Wie kann trotz der im Gesetzentwurf vorgesehenen Akkreditierungspflicht aller Bachelor- und Masterstudiengänge die Einrichtung beziehungsweise Existenz kleinerer Studiengänge gesichert werden?*

Dementsprechend müssen nur Studiengänge akkreditiert werden, wenn dies praktisch möglich, was bei kleinen Studiengängen nicht der Fall ist.

*Wie beurteilen Sie die Umwandlung der Akkreditierungspflicht von einer Muss- in eine Soll-Regelung?*

Wir unterstützen die Soll-Regelung, wenngleich wir länderspezifische Alleingänge in Mecklenburg-Vorpommern ablehnen. Wenn die Akkreditierungspflicht also abgelehnt wird, sollte sie in der Kultusministerkonferenz von allen Bundesländern abgelehnt werden.

### **Gleichstellungsbeauftragte**

*Inwiefern lässt sich die im Gesetzentwurf vorgesehene vollständige Entlastung der Gleichstellungsbeauftragten von ihren bisherigen dienstlichen Tätigkeiten an der Hochschule mit einer weiteren wissenschaftlichen Laufbahn dieser Personen vereinbaren?*

Der Arbeitgeber muss gewährleisten, dass, genauso wie bei Personalräten, Prorektoren oder Dekanen, eine Wiedereingliederung in das Berufsleben ohne weiteres möglich ist.

*Wie lässt sich der Ausschluss von Männern aus dem Amt der Gleichstellungsbeauftragten mit dem nicht nur auf Frauenförderung beschränkten Aufgabengebiet vereinbaren?*

Die Vertretung der strukturell diskriminierten Gruppe sollte aus der Gruppe selbst erfolgen. Insbesondere in höheren Qualifikationsstufen (wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen, Professor\*innen) sind Frauen anteilig minder vertreten.



## **Hochschulentwicklungsplanung**

*Wie bewerten Sie den mit der Novellierung des LHG M-V neu geregelten Prozess der Landeshochschulentwicklungsplanung?*

Die Hochschulen sollten in Abstimmung mit den zuständigen Ministerien und dem Landtag einen Hochschulentwicklungsplan erarbeiten. Hierbei ist darauf zu achten, die Hochschulautonomie nicht noch weiter einzuschränken, was durch das neue Verfahren der Fall wäre. Wir fordern die Beibehaltung des Verfahrens, dass eine Abstimmung des Landes mit den Hochschulen vorsieht.

*Wie würden Sie die Erfahrungen Ihrer Hochschule mit der Hochschulentwicklungsplanung und der Einbindung in die Hochschulentwicklung für den Zeitraum 2021 bis 2025 einschätzen, die bereits im Vorgriff auf die Novelle begonnen wurde?*

Es ist positiv hervorzuheben, dass die Studierendenschaft der Universität Rostock inneruniversitär miteinbezogen wird, jedoch ist dies keine Selbstverständlichkeit. Es braucht eine gesetzliche Verankerung der Partizipation aller Statusgruppen, insbesondere der Studierendenschaft.

*Ist die Neufassung von §15 als ein Eingriff in die Hochschulautonomie zu sehen und - falls nötig - welche Änderungen würden sie in der Neufassung vornehmen?*

Ja, es findet ein Eingriff in die Hochschulautonomie statt und wir erwarten die Abstimmung mit den Hochschulen in diesem Fall.

## **Internationalisierung**

*Die Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns sind unerlässliche Impulsgeber für Forschung und Innovation und dabei maßgeblich von einem internationalisierungsaffinen Umfeld abhängig. Inwieweit wird nach Ihrer Ansicht der vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung des Hochschulrechts den Internationalisierungszielen des Landes gerecht (z.B. durch die Aufhebung der Vorabquote für zulassungsbeschränkte Studiengänge)?*

Es ist als gut anzusehen, dass Mecklenburg-Vorpommern sich nicht dem Trend anderer Bundesländer angeschlossen hat, Studiengebühren für EU-Ausländer\*innen zu erheben. Die Studierendenschaft der Universität Rostock sieht außerdem die Abschaffung der Höchstquote von Ausländer\*innen in Studiengängen in diesem Gesetzentwurf als einen guten Schritt an, dennoch müssen noch weitere Hürden abgebaut werden. Daher fordern wir ergänzend den Nachweis von Sprachkenntnissen erst nach dem 2. Semester (§ 17 Abs. 3).

*Wie sollte sich das Land mit Blick auf die Internationalisierung aus Ihrer Sicht zukünftig aufstellen, um die Attraktivität des Wissenschaftsstandortes weiter zu verbessern und die Anzahl von ausländischen Lehrenden und Studierenden zu erhöhen?*

Es sollte Landesmarketing im Ausland zu nicht-technischen Studiengängen stattfinden. Zudem sollten die Studierendenwerke so gut ausfinanziert sein, dass insbesondere ausländische Studierende zu Beginn der Wintersemester nicht wohnungslos sind, sie also Plätze in neu gebauten Wohnheimen finden können.

*Wie bewerten Sie den Vorstoß, die Vorabquote für ausländische Studierende in Studiengängen, deren Studienangebot in besonderer Weise auf ausländische Bewerberinnen und Bewerber ausgerichtet ist, aufzuheben?*

Die Studierendenschaft der Universität Rostock sieht die Abschaffung der Höchstquote von Ausländer\*innen in Studiengängen in diesem Gesetzentwurf als einen guten Schritt an.

*Wie beurteilen Sie die Abschaffung der Vorabquoten für ausländische Studierende?*

Siehe vorherige Antwort.

### **Kooperation, Promotion**

*Inwiefern ist die Hochschulautonomie durch die im Gesetzentwurf vorgesehene Verpflichtung der Hochschulen zu kooperativen Promotionsverfahren mit den Fachhochschulen gesichert?*

*Wie stellen sich Ihre Erfahrungen mit dem kooperativen Promotionsverfahren zwischen den Universitäten als Inhaber des Promotionsrechts und den Fachhochschulen dar?*

*Inwieweit ist eine Kooperation zwischen den promotionsberechtigten Hochschulen des Landes und den Fachhochschulen sinnvoll und sehen Sie bei dem Aufbau der dazu nötigen Promotionsprogramme einen möglichen personellen Mehrbedarf?*

(Antwort auf Fragen 1-3): Wir unterstützen die Forderung der Studierendenschaften der Fachhochschulen, ein unabhängiges Promotionsrecht für Fachhochschulen anzubieten, um insbesondere die Fachbereiche zu unterstützen, die an bundesdeutschen Universitäten kaum oder gar nicht vorkommen.

*Wie beurteilen Sie aus Perspektive Ihrer Hochschule das Kooperationsgebot zwischen den einzelnen Hochschulen des Landes?*

Es ist zu begrüßen, dass die einzelnen Hochschulen miteinander kooperieren.



*Inwiefern ist die Hochschulautonomie gesichert, wenn durch den Gesetzentwurf Promotionsstellen als mindestens halbe Stellen festgeschrieben werden?*

Es sollte arbeitsrechtlich festgelegt werden, dass Doktorand\*innen nicht prekär beschäftigt werden. Dafür wären u.a. volle Stellen ein Ansatz.

*Auf welche Weise kann ausgeschlossen werden, dass die geplante Erhöhung der Mindestlaufzeit von Promotionsstellen auf drei Jahre zur Blockierung solcher Qualifikationsstellen führt, wenn die Stelleninhaber ihr Promotionsvorhaben verschleppen, abbrechen oder sich als ungeeignet erweisen?*

Derartige Stellen sind immer riskant, dafür ist jedoch die Probezeit, wie auch in anderen Arbeitsverhältnissen, da. Insbesondere die Lehrstuhlinhaber\*innen sollten die Möglichkeit bekommen, die Doktorand\*innen angemessen zu betreuen.

*Wie beurteilen Sie die Einführung von Qualifizierungsvereinbarungen zwischen Professoren und Doktoranden? Erwarten Sie einen positiven Effekt auf die Anzahl der erfolgreich abgeschlossenen Promotionen? Welche weiteren Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht denkbar, um dieses Ziel zu erreichen?*

Wir befürworten alle Maßnahmen, die die Rechte der Promovierenden stärken.

### **Personal und Stellenbesetzungen (Beantwortung ausgesetzt)**

*Welchen Mehrwert für Forschung und Lehre bringt die im Gesetzentwurf vorgesehene Verbeamtung unbefristet beschäftigter Mitarbeiter an den Hochschulen?*

*Wie bewerten Sie die im Entwurf angestrebte Möglichkeit der Verbeamtung für die unbefristet auf Funktions- oder sonstigen Stellen mit Daueraufgaben beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiter?*

*Wie bewerten Sie die Einführung des Qualifikationsamtes „Akademischer Rat auf Zeit während der PostDoc-Phase“?*

*Wie beurteilen Sie die Einführung des Studienrats?*

*Ist der Vorschlag der Landesregierung zur Neufassung von §16 Abs. 2 im Sinne der Flexibilität bei der hochschulinternen Stellenbesetzung sinnvoll?*

*Inwieweit kollidieren die Neuregelungen in § 66 Abs. 3 und 4 ihrer Meinung nach mit dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz und ist eine zusätzliche landesgesetzliche Regelung hier nötig?*

*Wie beurteilen Sie die Mindestvertragslaufzeit bei Verträgen von 3 Jahren?*

*Wie beurteilen Sie die Regelungen zu Lehrbeauftragten?*

Die angeführten Fragen fallen nicht in den Bereich unserer Aufgaben bzw. unserer Expertise. Wir setzen uns jedoch für einen unbefristeten akademischen Mittelbau ein, um die Stellung von Lehrbeauftragten zu verbessern und unterstützen alle Maßnahmen, die eine Flexibilisierung der Stellenpläne ermöglichen.

### **Seniorprofessur**

*Wie lässt sich vermeiden, dass die vorgesehene Einführung einer Seniorprofessur sowie der Verzicht auf das Hausberufungsverbot zu personeller Erstarrung führen, die wissenschaftlichem Fortschritt entgegenstehen würde?*

*Macht Ihrer Meinung nach die Einführung einer „Seniorprofessur“ Sinn?*

Diese Fragestellung hat für die verfasste Studierendenschaft keine Relevanz.

### **Studium, Prüfungstermine**

*Sind die geplanten Neuregelungen in § 29 LHG zur Streichung der Voraussetzungen für ein Teilzeitstudium aus ihrer Sicht ausreichend oder bedarf es hier einer weiteren Öffnung z.B. auf alle Studiengänge?*

Wir befürworten die Öffnung der Teilzeitstudiengänge für weitere Personenkreise. Das Problem würde sich unseres Erachtens allerdings nicht mehr stellen, wenn Regelstudienzeiten so flexibel gestaltet werden, dass ohnehin alle Personen nach eigener Maßgabe ihr Studium bestreiten können.

*Inwieweit ist die Neuregelung von § 19 Abs. 3 LHG zum Probestudium für Sie sinnvoll oder gäbe es Verbesserungsmöglichkeiten bzw. Kritik?*

Keine Anmerkungen.

*Sind die Regelungen in § 37 LHG bezüglich der Prüfungstermine sinnvoll oder im Sinne der Bekämpfung von Studienabbrüchen eher kontraproduktiv?*

*Gemeinsames Ziel aller Beteiligten ist es, die Anzahl der Studienabbrüche zu verringern, bürokratische Hürden im Studienverlauf gering zu halten und unnötige Studienzeitverlängerungen zu vermeiden. Inwiefern erachten Sie hier eine Flexibilisierung des § 37 LHG für notwendig?*

*Wie beurteilen Sie die derzeit geltenden Regelprüfungstermine? Sind „Frist-Fünfen“ im Bachelor-Master-System noch notwendig?*

(Antwort auf Fragen 3-5): Wir fordern eine Streichung des § 37 LHG für ein flexibles Studium!

Wir fordern, dass der Mut aufgebracht wird, das Bologna-System an den Stellen, wo es zu Nachteilen für die Studierenden und ausufernder Bürokratie geführt hat, zu überdenken und zu reformieren. Die sinnvolle



Gliederung der Studiengänge in aufeinander aufbauende Module gibt einen klaren Plan für das Studium vor. Darüber hinaus sind die Hochschulen ohnehin dazu angehalten, ein Studium innerhalb der Regelzeit zu gewährleisten. Weitere Einschränkungen, wie Frist-Fünfen sind nicht notwendig.

Sie führen nur dazu, dass Studierende lediglich nach Maß studieren. Es bleibt weder genug Zeit für eine eigene Spezialisierung noch für eigene intensive Forschungen oder stoffliche Vertiefung. Im schlimmsten Fall bedeutet nur eine erstmalig nicht bestandene Prüfung, dass die betroffene Person in einen Teufelskreis aufgeschobener Prüfungsleistungen gerät. Bereits jetzt werden viele Studienanfänger\*innen schon im ersten Semester unter so großen Druck gesetzt, dass sie ihr Studium vorzeitig abbrechen.

Regelstudienzeiten sollten also generell flexibilisiert werden. Studierende, die sich fachlich vertiefen oder vorherige Leistungen verbessern wollen, sollten dafür nicht mit Zeitdruck bestraft werden. Hierzu bedarf es auch einer sinnvollen Neufassung der Freiversuchsregelung. Freiversuche im Sinne von freiwilligen Wiederholungen bereits abgelegter Prüfungen sollten zu jeder Zeit im Studium möglich sein, damit Studierende von den Erfahrungen, die sie im Laufe ihres Studiums neu gewonnen haben, auch effektiv profitieren können. Durch diese Maßnahmen kann der Anspruch von „exzellentem“ Studium und Lehre eher erreicht werden, als durch zusätzliche Einschränkungen und das Festhalten am Mantra, in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Absolvent\*innen zu produzieren.

### **Quotenregelungen**

*Wie stehen Sie zur geplanten Einführung des „Kaskadenmodells“ bezüglich § 4 LHG, wie interpretieren Sie die Formulierung zur „Qualifikationsebene“ und sehen Sie zukünftige Konflikte in Bezug auf den Grundsatz der Bestenauslese (Art. 33 II GG)?*

*Inwiefern lässt sich die im Gesetzentwurf vorgesehene Quotenregelung zum Zwecke der Frauenförderung mit den Prinzipien von Leistung und Eignung bei der Stellenbesetzung vereinbaren, wenn eines der beiden Geschlechter unter den Bewerbern erheblich unterrepräsentiert ist?*

(Antwort auf Fragen 1-2): Die Studierendenschaft der Universität Rostock sieht die Einführung eines Kaskadenmodells (§ 4) als ersten, aber nicht abschließenden Schritt zur Gleichstellung der Geschlechter an. Um eine endgültige Gleichstellung zu erreichen, muss hier ein festes Quotenmodell herangezogen werden.

*Wie kann ausgeschlossen werden, dass international anerkannte Koryphäen in einer Wissenschaft allein aufgrund der Quotenregelung bei einer Stellenbesetzung nicht berücksichtigt werden?*

Wie kann ausgeschlossen werden, dass international anerkannte weibliche Koryphäen in einer Wissenschaft allein aufgrund der Quotenregelung bei einer Stellenbesetzung nicht berücksichtigt werden?

*Wie bewerten Sie die Einführung von Zielquoten zur verstärkten Besetzung freiwerdender Professuren für Frauen?*

Als sehr gut.

### **Universitätsmedizin**

*Hat sich die veränderte Rechtsform für die beiden Universitätsmedizinen im Hinblick auf die Zusammenarbeit zwischen Universität und Universitätsmedizin bewährt? Sind entsprechende Anpassungen im LHG M-V erforderlich?*

Die zu starke institutionelle Trennung der Unimedizinen von ihren Universitäten hat nach unserer Erfahrung zu einigen Nachteilen geführt. Die Unimedizinen müssen wieder stärker in die Prozesse der akademischen Selbstverwaltung an den Universitäten eingebunden und den Universitäten wieder mehr Kontrolle über interne Prozesse der Medizinen gegeben werden.

*Wie bewerten Sie die gestärkte Einflussnahme des Landes auf die Besetzung der Aufsichtsratsmandate der Universitätsmedizin Greifswald und Rostock?*

Keine Anmerkungen.

*Kann das Land seiner Aufsicht über die Unikliniken mit den derzeitigen Regelungen nachkommen oder ist zur Verbesserung der Kommunikation die Bildung eines Strategierats sinnvoll?*

Die Aufsicht durch das Land ist unseres Erachtens nach ausreichend. Eine Verbesserung der Kommunikation ist auf jeden Fall sinnvoll, ob ein Strategierat hier allerdings hilft, ist fraglich.

### **Zielvereinbarung**

*Erachten Sie es für förderlich, die Zielvereinbarungen zwischen Land und Hochschulen hinsichtlich der Stellenpläne flexibler zu gestalten, um beispielsweise dem veränderten Bedarf an Studienkapazitäten zeitaktueller zu entsprechen?*

Ja!

## **Zulassung zum Masterstudium ohne Bachelorabschluss**

*Wie bewerten Sie die im Entwurf vorgesehene Maßnahme, in Zukunft auch ohne Bachelorabschluss zu einem weiterbildenden Masterstudium zugelassen zu werden?*

Wenn die berufliche Qualifizierung gewährleistet ist, befürworten wir das. Es sollten dann aber auch die Hochschulen mit den weiterbildenden Masterstudiengängen besser gefördert werden.

*Inwiefern lässt sich durch eine Eignungsprüfung sicherstellen, dass Studenten, die ohne Bachelorabschluss das Masterstudium aufnehmen, über die ganze Bandbreite der im Bachelorstudium zu erwerbenden und nachzuweisenden methodischen und fachlichen Kenntnisse und Kompetenzen verfügen?*

Die Qualifikation einer Person erweist sich im Rahmen des Studiums. Von vorherigen Prüfungen ist daher abzusehen.